

# kompakt

# Gruppe der Frauen

Newsletter der Gruppe der Frauen

März 2019

## Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Leserinnen und Leser,

aus frauenpolitischer Sicht hat das neue Jahr gleich gut Fahrt aufgenommen.

In einer offiziellen Feierstunde am 19. Januar 2019 erinnerte der Deutsche Bundestag an die Einführung des Frauenwahlrechts vor 100 Jahren. Es ist gut und richtig, dass wir dies als Parlament tun, war es doch ein Meilenstein der Demokratie, ein Startpunkt von selbstverständlicher Gleichberechtigung. Feierstunden dienen dem Innehalten, dem Reflektieren und sind oft Wegweiser zu künftiger Entscheidungen. Damals

**Yvonne Magwas MdB**  
Vorsitzende der Gruppe der Frauen



© Tobias Koch

wie heute ist es wichtig, dass Frauen sich vernetzen und gut zusammenarbeiten, um zukünftige Aufgaben der Frauenpolitik voranzubringen.

So trafen sich im Februar auch auf unsere Initiative hin erstmals in dieser Legislaturperiode Frauen verschiedener Fraktionen um die Gründung einer Parlamentarierinnen-Gruppe auszuloten. Es war ein konstruktiver positiv-gestimmter Austausch. Weitere Treffen sollen folgen.

Mit der Kompromissfindung zum Paragraph 219a konnte ein sensibles Thema zu einem guten Ende geführt werden: Das Verbot der Werbung für Schwangerschaftsabbrüche bleibt erhalten. Das ungeborene Leben wird so auch zukünftig geschützt. Das steht an oberster Stelle. Frauen erhalten zudem einen besseren Zugang zu Informationen und Ärzten mehr Rechtssicherheit. Einen ausführlichen Bericht finden Sie auf den nächsten Seiten.

In einem Expertengespräch diskutierten wir ausführlich verschiedene Modelle und verfassungsrechtliche Fragen zur Steigerung des Frauenanteils im Rahmen einer Wahlrechtsreform. Sicher kein einfaches The-

### Weitere Beiträge in dieser Ausgabe:

**Frauenwahlrecht – Meilenstein der Demokratie**  
Seite 2

**Drei Fragen an...**  
EAF-Interview mit Yvonne Magwas MdB  
Seite 2

**Gastbeitrag von Staatsministerin Annette Widmann-Mauz MdB**  
Seite 3

**Gastbeitrag von Katharina Landgraf MdB**  
Seite 4

**Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche bleibt erhalten – das ungeborene Leben bleibt geschützt**  
Seite 4

**Brücken bauen statt Mauern**  
Prof. Dr. Maria Böhmer, Präsidentin der Deutschen UNESCO-Kommission, zu Gast bei der GdF  
Seite 5

**Gastbeitrag von Staatsministerin Prof. Monika Grütters MdB**  
Seite 6

ma, aber wir sollten alle Möglichkeiten nutzen und Lösungen in Betracht ziehen, den Frauenanteil in unserer Fraktion und im Parlament zu erhöhen. Lasst uns von Ermöglichung anstatt von Verweigerung in dieser Frage sprechen.

Am 8. März 2019 feierten wir den Internationalen Frauentag. Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen ist eine Frage der Demokratie. Deshalb müssen wir zu einer aktiveren Beteiligung und mehr Frauen in Führungspositionen kommen.



## Frauenwahlrecht – Meilenstein der Demokratie



© Diana Tuppack

Die Einführung des aktiven und passiven Frauenwahlrechts vor 100 Jahren würdigte der Deutsche Bundestag am 17. Januar 2019 mit einer Feierstunde. Bundestagspräsidentin a.D. Prof. Dr. Rita Süssmuth appellierte in ihrer Festrede, keine weiteren 50 Jahre bis zum nächsten Schritt zu warten: „Jetzt ist der nächste Schritt die Parität.“

Beim anschließenden Empfang der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dem zahlreiche Vertreterinnen aus Politik, Wirtschaft, Medien und Zivilgesellschaft folgten, waren sich alle Anwesenden einig: Die Steigerung des Frauenanteils darf bei einer Wahlrechtsreform kein Tabu sein!

### Drei Fragen an...

#### Interview der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e.V. mit Yvonne Magwas MdB

##### Sind Quoten undemokratisch?

Yvonne Magwas:

„Quoten sind natürlich nicht undemokratisch - warum sollten sie?! In einer Volkspartei gibt es viele „Quoten“, die üblicherweise berücksichtigt werden, z.B. einen gewissen Regionalproporz oder die Repräsentanz der Vereinigungen. Das Quorum, das in der CDU aktuell gilt, stellt sicher, dass Frauen mit einem Mindestanteil von 1/3 auf allen Wahllisten vertreten sind. Da ist noch Luft nach oben! Und: Wer die Chance, die sich dank einer Quote ggf. bietet, nicht ordentlich nutzt, ist ganz schnell wieder weg vom Fenster.“

##### Fühlen sich Frauen auf einer paritätischen Liste nicht als „Quoten-Frauen“?

Yvonne Magwas:

„Eine paritätisch besetzte Liste ist schlicht eine Liste, die die Gleichberechtigung von Frau und Mann widerspiegelt. Mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung ist weiblich, mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten in Deutschland ist weiblich. Warum also sollten sich Frauen, die auf einer paritätisch besetzten Liste stehen, als Quoten-Frauen fühlen?! Selbstverständlich gehört auf allen politischen Ebenen der weibliche Blick und die weibliche Sichtweise in unsere Parlamente. Das ist sogar entscheidend! Wenn Frauen nicht in den Parlamenten vertreten sind, haben Frauen und ihre Belange in wichtigen Gremien kein Gewicht. Das ist fatal!“

##### Parität stellt Gerechtigkeit her: Sie gleicht die strukturelle Bevorzugung von Männern in der Politik aus.

Yvonne Magwas:

„Ich würde nicht sagen, dass Männer in der Politik strukturell bevorzugt werden. Die Rahmenbedingungen sind vielmehr so, dass sie Frauen benachteiligen. Ich denke dabei an ganz praktische Dinge, wie z.B. Zeit und Dauer einer Sitzung im Orts- oder Kreisverband. Wenn diese Sitzungen erst spät abends beginnen oder Parteitage sonntags stattfinden, schreckt das viele Frauen ab. Oder die, die es nicht abschreckt, können trotzdem nicht immer teilnehmen oder bis zuletzt bleiben, weil sie Kinder und Familie haben - und dieser auch Raum geben wollen. Wenn es aber eine gesetzliche Regelung gibt, die eine Mindestbeteiligung von Frauen vorschreibt, werden zwangsläufig auch die strukturellen Rahmenbedingungen geändert werden.“

## Integrationsoffensive: Teilhabe von Frauen stärken

Gastbeitrag von Annette Widmann-Mauz MdB,  
Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der  
Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

„Es ist, als ob man den Wald vor lauter Bäumen nicht sieht; man sucht, was vor der Nase liegt, findet es aber nicht, weil man sich in Schneckenlinien immer weiter davon entfernt.“

Diese Metapher prägte Christoph Wieland, ein Dichter in Zeiten der Aufklärung, ein Bekannter Goethes in Weimar. Er meinte damit eine Philosophen-Diskussion im antiken Athen über die Gerechtigkeit. Die Metapher passt heute zur Integration: Auch hier ziehen die aufgewühlten Debatten die eine oder andere Linie und das eigentliche Ziel gerät bisweilen aus dem Blickfeld.

Wir brauchen eine Integrationsoffensive und müssen in den Fokus rücken, was wirklich wichtig ist. Das sind vor allem zwei Punkte:

Menschen, die dauerhaft oder mit hoher Wahrscheinlichkeit länger bei uns leben, sollen ihre Potenziale in unsere Gesellschaft einbringen können und das auch tun – im Integrationskurs, bei der Ausbildung, am Arbeitsmarkt. Das müssen wir von Anfang an fordern und fördern.

Zum anderen haben alle, egal welcher Herkunft, unsere Werte und Regeln zu akzeptieren und zu befolgen. Wir wollen gut und friedlich zusammenleben, darum gibt es keinen Rabatt an der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Chancen bieten und klare Kante zeigen – das gehört bei der Integration zusammen.

Dabei lege ich einen Schwerpunkt auf das Empowerment von Frauen. Ohne sie kann die Integration nicht gelingen. Gerade Frauen mit Einwanderungsgeschichte müssen wir stark machen, damit sie ihre Rechte besser wahrnehmen können und an Integrationsmaßnahmen gleichberechtigt

partizipieren. Da ist noch erheblich Luft nach oben. Auch in Deutschland ist die Gleichberechtigung nicht vom Himmel gefallen und in manchen Bereichen scheint sie noch Richtung Erde unterwegs zu sein. Bei uns war die Gleichberechtigung ein langer Prozess, der viel mit Bildung und Erwerbstätigkeit von Frauen zu tun hatte.

Wir brauchen deshalb maßgeschneiderte Angebote, etwa mehr Integrationskurse für Frauen und Mütter, Kinderbetreuung oder gezielte Unterstützung beim Einstieg in die Berufswelt. Ich habe deshalb mit der Bundesagentur für Arbeit im Januar eine Kooperationsvereinbarung für mehr Teilhabe von Frauen mit Einwanderungsgeschichte am Arbeitsmarkt geschlossen.

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen steht 2019 bei zwei wichtigen Formaten ganz selbstverständlich oben auf der Tagesordnung: beim Nationalen Aktionsplan Integration der Bundesregierung und bei der im Februar konstituierten Fachkommission zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit. Die Kommission ist ein Auftrag aus dem Koalitionsvertrag. 24 Fachleute aus Wissenschaft und Praxis erarbeiten, welche Rahmenbedingungen wir im Bildungswesen oder am Arbeitsmarkt brauchen. Sie thematisieren ebenso gesellschaftspolitische Fragen. Denn zur Integration gehören Respekt und Regeln, Werte und WIR-Gefühl.

Natürlich ist Diskutieren wichtig – damals in Athen und heute. Wir müssen dann aber auch den Schalter umlegen und konsequent handeln, um die Integration aller Frauen und Männer im Land zu stärken. So werden wir auch den Wald vor lauter Bäumen wieder besser sehen.



© Laurence Chaperon

Annette Widmann-Mauz MdB

## Gesunde Ernährung und Prävention

### Gastbeitrag von Katharina Landgraf MdB, Berichterstatteerin für gesunde Ernährung

Leider nehmen Übergewicht, Bewegungsmangel und ungesundes Ernährungsverhalten in Deutschland zu. Sie können die Ursache für Risiken und Krankheiten, wie zum Beispiel Herz-Kreislauf-Erkrankungen sein. Deshalb sehe ich dringenden Handlungsbedarf, die gesundheitliche Aufklärung mit dem Themenkreis gesunde Ernährung und Bewegung stärker zu verbinden. Mein Ziel ist es daher, eine stärkere Fokussierung auf die Ernährungsbildung zu legen. Diese ist ein zentraler Punkt im lebenslangen Lernen, der weit über die Schulzeit hinausgeht. Ich setze mich zudem für eine Mehrwertsteuerbefreiung für Kita- und Schulesen ein. Eine solche sollte der Verpflegung von Kindern jeden Alters zu Gute kommen.

Erwachsene verbringen einen großen Teil ihrer Lebenszeit am Arbeitsplatz. Das beeinflusst auch ihre Gesundheit. Daher sind eine gesunde Ernährung und ausreichend Bewegung vor, während und nach der Arbeit zur Verbesserung des Wohlbefindens wichtiger denn je. Im Alter wird es dann immer wichtiger, die eigene Fitness durch ein gesundheitsbewusstes Verhalten zu erhalten. Senioren sollten nun verstärkt auf ihre Ernährung achten. Denn die Folgen einer einseitigen Lebensmittelauswahl, Über- oder Unterernährung machen sich in dieser Lebensphase deutlicher bemerkbar. Auch das Einkaufen und Zubereiten des Essens wird unter Umständen schwieriger. Wir müssen deshalb ältere Menschen darin unterstützen, sich ausgewogen und ihren Lebensumständen angemessen zu ernähren.

Wir wollen die Menschen für einen gesunden Lebensstil begeistern und sie auf dem Weg dorthin unterstützen. Es besteht aus meiner Sicht dringender Handlungsbedarf, den

seit zehn Jahren laufenden Nationalen Aktionsplan IN FORM als „Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewe-

gung“ auf eine verbesserte Ernährungsbildung auszurichten. Nachhaltig lässt sich das Ernährungsverhalten nur durch Transparenz und Information - verbunden mit Angeboten, die die gesunde Wahl erleichtern - verbessern. Wir werden den Menschen nicht vorschreiben, was sie zu essen oder zu trinken haben.

Unterstützend kann dabei die nationale Reduktionsstrategie der Bundesregierung wirken. Die teilnehmenden Wirtschaftsverbände haben sich am 26. September 2018 freiwillig verpflichtet, in einem mehrjährigen Prozess ab 2019 die Gehalte an Zucker und Fetten und Salz, zu reduzieren. Darüber hinaus wird bis Ende 2019 der Zusatz von Zucker und anderen süßenden Zutaten in Säuglings- und Kleinkindertees verboten. Bis 2025 sollen die festgelegten Zielmarken erreicht werden.

Insgesamt müssen wir aber aufpassen, dass wir nicht zu verkrampt an das Thema herangehen. Bei aller Wichtigkeit der Ernährungsbildung dürfen der Genuss und das gute Gefühl nicht auf der Strecke bleiben. Vielleicht sollten wir einfach wieder lernen mehr auf unseren Körper zu hören und zu essen was uns gut tut. Dann klappt das auch mit der gesunden Ernährung.



Katharina Landgraf MdB

© Bundestagsbüro Katharina Landgraf MdB

## Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche bleibt erhalten – das ungeborene Leben bleibt geschützt

Mit der Kompromissfindung zum Paragraph 219a konnte ein sensibles Thema zu einem guten Ende geführt werden: Das Verbot der Werbung für Schwangerschaftsabbrüche bleibt erhalten. Das ungeborene Leben wird so auch zukünftig geschützt. Das steht an oberster Stelle. Frauen erhalten zudem einen besseren Zugang zu Informationen und Ärzte mehr Rechtssicherheit.

Noch im Januar hatte die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Recht und Verbraucherschutz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB, in der regelmäßigen Sitzung der Gruppe der Frauen zum

Sachstand berichtet. Der Hintergrund: Eine Ärztin war vom Amtsgericht Gießen wegen einer Straftat gemäß § 219a StGB zu einer Geldstrafe von 40 Tagessätzen verurteilt worden. Aufgrund dieses Urteils wurde von den anderen Fraktionen im Deutschen Bundestag die Abschaffung des § 219a StGB gefordert.

Dem widersprachen insbesondere die Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion entschieden. Das Ziel unserer Fraktion: Die Vorschrift des § 219a StGB zu erhalten, denn sie verhindert, dass der Schwangerschaftsabbruch kommerzialisiert wird.

Das im Februar 2019 verabschiedete

Gesetz bindet die unterschiedlichen Positionen gut zusammen. Es regelt, dass die betroffenen Frauen von den Beratungsstellen Informationen erhalten, welche Ärzte, Krankenhäuser und Einrichtungen Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Für Ärzte wird Rechtssicherheit hergestellt: Sie dürfen auf ihrer Homepage darüber informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Weitergehende Informationen bleiben der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und der Bundesärztekammer vorbehalten, die monatlich eine aktuelle Liste erstellt und im Internet veröffentlicht.

## Brücken bauen statt Mauern

Prof. Dr. Maria Böhmer, Präsidentin der Deutschen UNESCO-Kommission, zu Gast bei der GdF



© Diana Tuppäck

UNESCO-Welterbe – dieser Begriff ist vielen geläufig. Dahinter verbirgt sich das Bedeutendste, was Mensch und Natur uns hinterlassen haben: großartige Kulturleistungen und Naturphänomene. Viele der beeindruckendsten Baudenkmäler, Stadtensembles, aber auch bedeutende Industrieanlagen und außergewöhnliche Naturlandschaften (insgesamt 44), hat die UNESCO in Deutschland zum Welterbe erklärt. Vor Ort ist man

auf diesen Titel zurecht stolz!

Die UNESCO ist die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Die Präsidentin der Deutschen UNESCO-Kommission ist seit Juni 2018 Prof. Dr. Maria Böhmer. Sie war im Januar zu Gast bei der Gruppe der Frauen und informierte über die Arbeit und Aufgaben der Deutschen UNESCO-Kommission.

Weltweit bekannt und berühmt sind die Welterbestätten der UNESCO. Die Arbeit der UNESCO umfasse jedoch noch weitere Bereiche und sei sehr vielfältig, erläuterte Maria Böhmer. Unter dem Leitmotiv „Brücken bauen statt Mauern“ setze sich die UNESCO für Weltoffenheit ein und eröffne den Zugang zu Bildungschancen.

In vielen Ländern haben gerade Frauen oft keinen Zugang zu Bildung. Die UNESCO macht sich hier nachdrücklich für Verbesserungen stark. Denn Bildung ist eine wichtige Säule für die Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben in allen Ländern. Um den Zugang zu Bildung vor Ort zu eröffnen, fördert die UNESCO weltweit Schulen. Auch in Deutsch-

land gibt es insgesamt 300 UNESCO-Projektschulen.

Die UNESCO ist in 172 Ländern vertreten. Weltweit gibt es über 1000 UNESCO-Welterbestätten. Weitgehend unbekannt sei die Tatsache, dass die UNESCO ein Verein sei. Das gebe der UNESCO in Deutschland eine sehr freie Stellung. In anderen Ländern sei dies nicht so.

Maria Böhmer betonte, dass der Erhalt der Welterbestätten vor allem für Europa ein verbindendes Element sei. Der Grundgedanke, die Welterbestätten zu erhalten, spreche viele Menschen vor Ort an und motiviere sie zu gemeinsamen Aktivitäten für den Erhalt der Welterbestätten. So entstehe ein Impuls, der vieles bewege. Um die Werte und Ziele Europas jungen Menschen näher zu bringen, werde aktuell die „Junge UNESCO“ aufgebaut. Ein erster Schritt sei das Jugendprojekt „Kulturweit“, das bereits erfolgreich angelaufen sei. Das Programm fördere insbesondere Jugendprojekte zur Nachhaltigkeit und unterstütze die Gründung von Geoparks und Biosphärenreservate.

Blick in unsere Facebook-Redaktion >> [www.facebook.com/gdf.cdusu](http://www.facebook.com/gdf.cdusu)



### Antje Lezius MdB stellt digitale Weiterbildungsplattform MILLA vor

MILLA (Modulares Interaktives Lebensbegleitendes Lernen für Alle) soll Teil der geplanten nationalen Weiterbildungsstrategie werden. Mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz (KI) soll MILLA die persönlichen Interessen und Fähigkeiten des jeweiligen Nutzers umfassend bei der Weiterbildung berücksichtigen.

>> [Video: MILLA - Die digitale Lernplattform](#)

### KAS-Event: Frauenpolitik – Auftrag für morgen!

Anfang Januar 2019 fanden zahlreiche Veranstaltungen zum Thema „100 Jahre Frauenwahlrecht“ statt. So lud auch die Konrad-Adenauer-Stiftung zu einer Podiumsdiskussion mit tollen Gästen ein, u.a. mit Annegret Kramp-Karrenbauer, Dr. Ursula von der Leyen MdB, Prof. Dr. Rita Süßmuth und Düzen Tekkal. Natürlich war auch die Gruppe der Frauen mit dabei.

### Prof. Dr. Claudia Schmidtke MdB ist neue Patientenbeauftragte der Bundesregierung

Wir freuen uns - eine gute Entscheidung!

Prof. Dr. Claudia Schmidtke MdB absolvierte ihre Ausbildung zur Fachärztin für Herzchirurgie, Promotion und Habilitation an der Universität zu Lübeck. 2017 wurde sie in den Deutschen Bundestag gewählt.



© Diana Tuppäck

## Fortschritt durch faire Chancen für Frauen

Gastbeitrag von Prof. Monika Grütters MdB,  
Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und  
Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

„Ich habe gelernt, dass der Weg des Fortschritts weder kurz noch unbeschwerlich ist“, soll Marie Curie einmal gesagt haben, die für ihre bahnbrechenden wissenschaftlichen Pionierleistungen 1903 als erste Frau mit einem Nobelpreis ausgezeichnet wurde. Dass der Weg des Fortschritts lang und steinig ist, gilt nicht nur in der Naturwissenschaft, sondern auch in der Wirtschaft - und insbesondere im Hinblick auf die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Selbst die Kultur- und Kreativwirtschaft, in vielerlei Hinsicht Treiberin von Innovation und Fortschritt, tut sich hier nicht durch Pionierleistungen hervor. Führungspositionen sind in der von Kleinunternehmen geprägten Branche überwiegend männlich besetzt; die Aufstiegschancen für Frauen sind gering, und für gleiche Arbeit werden Frauen schlechter bezahlt als Männer. Solche Befunde waren für mich Grund und Anlass, gemeinsam mit hochrangigen Akteurinnen und Akteuren aus Kunst, Medien und Kultur- und Kreativwirtschaft an einem Runden Tisch Maßnahmen für mehr Chancengleichheit zu entwickeln und eine

Workshopreihe meines Hauses mit Verbänden, Personalverantwortlichen und Frauennetzwerken zum Thema „Geschlechtergerechtigkeit in der Kultur und Kreativwirtschaft“ zu initiieren. Zu

den Maßnahmen, die mein Haus auf der Basis der Ergebnisse des Runden Tisches zusammen mit dem Deutschen Kulturrat auf den Weg gebracht hat, gehört ein Mentoring-Programm für Frauen, die Führungsverantwortung im Kultur- und Medienbereich übernehmen wollen. Für den gerade beginnenden zweiten Durchgang gab es wieder fast 250 Bewerberinnen auf rund 20 Plätze - eine klare Widerlegung des Vorurteils, Frauen hätten wenig Interesse an Führungsaufgaben.

Auch im Rahmen der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes unterstützen wir den Fortschritt in Sachen Gleichberechtigung: So setzt sich die BKM in den Verhandlungen über das neue Kompetenzzentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes dafür ein, Geschlechtergerechtigkeit als Schwerpunkt zu verankern - mit einer Selbstverpflichtung des Zentrums, die Umsetzung nach innen und außen voranzutreiben. Auch die Förderungen der BKM von Modellprojekten im Bereich Kultur- und Kreativwirtschaft sind an die Be-



© Elke A. Jung-Wolff

Prof. Monika Grütters MdB

dingung der Geschlechtergerechtigkeit geknüpft. Nicht zuletzt profitieren Frauen aus der Kultur- und Kreativwirtschaft auch von der unabhängigen Vertrauensstelle gegen sexuelle Belästigung und Gewalt „Themis“, zu deren Finanzierung ich aus meinem Kulturretat eine anteilige Anschubfinanzierung in Höhe von bis zu 100.000 Euro jährlich für einen Zeitraum von bis zu drei Jahren beisteuere. Seit dem 1. Oktober 2018 können Betroffene dort juristische und psychologische Beratung erhalten.

So geht es auch in der Kultur- und Kreativwirtschaft voran auf dem Weg des Fortschritts, der „weder kurz noch unbeschwerlich ist“. Dabei zeigt sich immer wieder: Um voran zu kommen, müssen wir Frauen für unsere Sache gemeinsame Sache machen! In diesem Sinne hoffe ich für mehr Gleichberechtigung in Kultur und Medien weiterhin auf die beherzte Unterstützung der Gruppe der Frauen und danke allen Mitstreiterinnen für ihr Engagement.

### Impressum

Herausgeber  
Michael Grosse-Brömer MdB  
Stefan Müller MdB  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Yvonne Magwas MdB  
Redaktion: Yvonne Magwas MdB (verantw.)

T 030. 227-5 91 22  
F 030. 227-5 60 93  
gruppe\_der\_frauen@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

### NEWSLETTER ABONNIEREN

Um sich für den Newsletter „Gruppe der Frauen kompakt“ der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an- oder abzumelden, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an [gruppe\\_der\\_frauen@cducsu.de](mailto:gruppe_der_frauen@cducsu.de). Mit dieser E-Mail willigen Sie ein, dass Ihre angegebenen Daten elektronisch erhoben und gespeichert werden. Sie werden dabei streng zweckgebunden nur zur Bearbeitung Ihrer Anfrage genutzt. Wenn Sie zu einem späteren Zeitpunkt den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an die oben genannte E-Mail-Adresse. Ihre Daten werden dann umgehend gelöscht.